

Frankreich

Die Einwanderungssituation in Frankreich ist bis heute stark geprägt von der Kolonialgeschichte früherer Jahrhunderte sowie einer langen Tradition der Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer. Insgesamt hat die Zuwanderung im letzten Jahrhundert kontinuierlich an Gewicht gewonnen und die französische Gesellschaft nachhaltig geprägt. Galt die Einwanderung zumindest aus wirtschaftlicher Perspektive lange Zeit als Erfolgsgeschichte, so wird sie in den letzten drei Jahrzehnten zunehmend als Ursache sozialer Probleme wahrgenommen. Wahlerfolge rechtsextremer Parteien – insbesondere des Front National (FN) – machen dies ebenso deutlich wie immer wieder aufflammende Unruhen in den Vororten französischer Metropolen.

Vor diesem Hintergrund hat die französische Einwanderungspolitik in den letzten Jahren einen zunehmend restriktiven Kurs angenommen. Ähnlich wie in anderen europäischen Ländern wird versucht, Einwanderung stärker nach Kriterien ökonomischen Nutzens zu steuern. Somit stellen



Hintergrunddaten

Hauptstadt: Paris

Amtssprache: Französisch

Fläche: 543.965 km², mit Überseegebieten 672.352 km²
(zum Vergleich Deutschland: 357.027 km²)

Bevölkerungszahl (1. Jan. 2012): 63,46 Millionen (mit Überseegebieten 65,35 Millionen)

Bevölkerungsdichte: 115 Einwohner je km²

Bevölkerungswachstum (1996–2011): +0,55% pro Jahr

Erwerbsbevölkerung (2010): 70,1%

Anteil ausländischer Bevölkerung (2008): 5,8%

Anteil Einwanderer (2008): 8,4%

Anteil ausländischer Beschäftigter an allen Erwerbstätigen (2010): 6,2%

Arbeitslosenquote: 9,4% (2010), 8,9% (2005); 8,5% (2000)

Religionen (2011): Katholiken (64%), Muslime (4,3%), Protestanten (1,8%)

die verstärkte Steuerung der Zuwanderung sowie die Integration der zweiten und dritten Generation die wichtigsten Herausforderungen für die nähere Zukunft der französischen Migrationspolitik dar. Der Fokus richtet sich dabei aktuell vor allem auf die Integration der Muslime in die französische Gesellschaft und das Verhältnis des französischen Staates zum Islam.

Historische Entwicklung der Einwanderung und Einwanderungspolitik

Frankreich hat eine lange Zuwanderungsgeschichte. Bereits im 18. und 19. Jahrhundert wurden Einwanderer aufgenommen, da es im Zuge des Industrialisierungsprozesses, bei gleichzeitig sinkenden Geburtenraten, zu einem Mangel an Arbeitskräften gekommen war. Damit stellte Frankreich in dieser Phase eine Ausnahme in Westeuropa dar. Die meisten anderen Industriestaaten, darunter auch Deutschland, hatten höhere Geburtenraten und waren primär Auswanderungsländer. Durch den Bevölkerungsrückgang infolge der Kriege von 1870/71 und 1914–1918 verschärfte sich der Engpass auf dem französischen Arbeitsmarkt weiter.¹ Um diesen zu beseitigen, schloss Frankreich Anwerbeabkommen u.a. mit Italien² (1919), Polen (1919), der Tschechoslowakei (1920) und Spanien (1932). Zu Beginn der 1930er Jahre war Frankreich – gemessen in absoluten Zahlen – nach den USA das zweitwichtigste Einwanderungsland der

Welt. Damals lebten etwa 2,7 Millionen Einwanderer in Frankreich (6,6% der Gesamtbevölkerung). Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg und während des Wirtschaftsaufschwungs der 1950er und 1960er Jahre warb Frankreich erneut – überwiegend männliche – Arbeitskräfte auf der Basis bilateraler Wanderungsabkommen mit Italien (1946), Griechenland (1960), Spanien (1963), Portugal (1964), Marokko (1964), Tunesien (1964), der Türkei (1965) und Jugoslawien (1965) an.³ Gleichzeitig verstärkte sich die Einwanderung aus den ehemaligen Kolonien infolge des Prozesses der Dekolonialisierung. Vor allem im Zusammenhang mit dem Algerienkrieg (1954–62) und der darauffolgenden Unabhängigkeit Algeriens im Jahr 1962 kam es zu einer umfangreichen Zuwanderung französischer Siedler und pro-französischer Algerier nach Frankreich.⁴ 1964 schloss Frankreich ein Abkommen zur Anwerbung algerischer Arbeitskräfte mit dem nun unabhängigen Land. In der Wirtschaftskrise der frühen 1970er Jahre folgte Frankreich dem Vorbild anderer europäischer Länder und beendete 1974 alle Anwerbeprogramme für ausländische Arbeitskräfte. Zum Zeitpunkt des Anwerbestopps lebten 3,5 Millionen Migranten in Frankreich, die insgesamt einen Anteil von 7% an der Gesamtbevölkerung stellten. Portugiesen und Algerier bildeten mit jeweils rund 20% die größten Gruppen. Das Ende der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte führte jedoch nicht zu einer Rückkehr der Einwanderer in ihre Heimatländer bzw. einem Rückgang der Einwanderung. Viele Einwanderer blieben in Frankreich und holten ihre Familien nach. Die Familienzusammenführung ist seitdem die zahlenmäßig wichtigste Form der Zuwanderung, wenn auch mit aktuell rückläufiger Tendenz.

In den späten 1980er und frühen 1990er Jahren verfolgte der konservative Innenminister Charles Pasqua (»Rassemblement Pour la République«, RPR)⁵ das Ziel einer Null-Einwanderungs-Politik (»immigration zéro«). Zahlreiche Regelungen wurden dabei verschärft. So verlängerte sich die Wartezeit für Familienzusammenführungen von einem auf zwei Jahre und ausländische Absolventen französischer Universitäten durften keine Arbeit in Frankreich aufnehmen. Insbesondere der »Kampf« gegen irreguläre Migration rückte in den Fokus. Die Einführung der so genannten »Pasqua Gesetze« war heftig umstritten. Die Proteste fanden ihren Höhepunkt 1996 in der Besetzung einer Kirche in Paris durch Afrikaner und Chinesen, die lange Jahre ohne Aufenthaltsstatus in Frankreich gelebt hatten und auf ihre prekäre Situation aufmerksam machen wollten. Tausende von Menschen unterstützten die Protestaktionen der Sans-Papiers.⁶

Die Mitte-Links-Regierung unter Premierminister Lionel Jospin (»Parti Socialiste«, PS) nahm ab 1997 viele der restriktiven Regelungen zurück oder schwächte sie ab. Zudem schuf sie einen speziellen Einwanderungsstatus für hochqualifizierte Arbeitnehmer, Wissenschaftler und Künstler. Im Jahr 1997 wurde außerdem ein Legalisierungsprogramm für Ausländer aufgelegt, die sich ohne entsprechende Erlaubnis im Land aufhielten (vgl. »Irreguläre Zuwanderung«). Seit eine konservative Regierung im Jahr 2002 die Geschäfte übernahm, kann eine Rückkehr zu einer restriktiveren Einwanderungspolitik beobachtet werden. Diese Linie wurde unter Nicolas Sarkozy (UMP), der im April 2007 die Präsidentschafts-

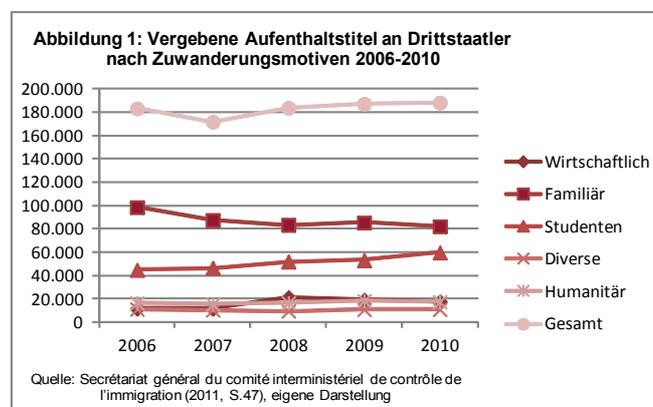
wahlen gewann, weitergeführt (vgl. »Aktuelle Entwicklungen«).

Parallel dazu zeichnet sich aber auch ein wachsendes Bewusstsein darüber ab, dass Einwanderung eine Bereicherung der französischen Gesellschaft darstellt. Beispiele für diese Entwicklung sind die Fußball-Weltmeisterschaft 1998 (die »équipe tricolore« holte im eigenen Land den Titel, die meisten Spieler hatten einen Migrationshintergrund), die Eröffnung eines Museums zur Geschichte der Einwanderung (»Cité nationale de l'histoire de l'immigration«, CNHI, eingeweiht am 10. Oktober 2007) sowie die Ernennung von Rachida Dati zur ersten Ministerin aus einer Einwandererfamilie (im Amt 2007–2009). Über den zukünftigen Kurs der französischen Migrationspolitik entscheiden die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2012 (vgl. »Zukünftige Herausforderungen«).

Aktuelles Migrationsgeschehen

Trotz der restriktiven Einwanderungspolitik ist die Einwanderung nach Frankreich in den letzten Jahren stetig gestiegen. Dies lässt sich an der Vergabe von Aufenthaltserlaubnissen an Drittstaatsangehörige ablesen. 2006 und 2008 wurden jeweils rund 183.000 Aufenthaltstitel an Zuwanderer aus Drittstaaten vergeben, 2010 waren es etwa 188.000.

Die überwiegende Form der Zuwanderung ist nach wie vor der Familiennachzug (2010: 82.235 Aufenthaltstitel dieser Kategorie vergeben), gefolgt von Bildungs- (2010: 17.819 Aufenthaltstitel für ausländische Studierende) und Arbeitsmigration (2010: 19.251 wirtschaftliche Aufenthaltstitel vergeben). Während der Familiennachzug aufgrund verschärfter Bedingungen für die Familienzusammenführung (vgl. »Aktuelle Entwicklungen«) derzeit rückläufig ist, gewinnt Bildungsmigration an Bedeutung. So stieg der Zuzug ausländischer Studierender von rund 50.000 Personen in den Jahren 2007 und 2008 auf rund 60.000 Personen 2010 und 2011. Die größte Gruppe bilden Chinesen (seit 2008 ca. 10.000/Jahr). Bevorzugt werden Studierende in Master- und Promotionsphasen zugelassen, es handelt sich in der Regel um Mobilität im Rahmen fester Programme und Partnerschaften mit Universitäten im Ausland.



In Bezug auf Drittstaatenangehörige repräsentierten zwischen 2007 und 2010 Algerien und Marokko die wichtigsten Herkunftsländer. Aus jedem der beiden Länder kamen in die-

sem Zeitraum pro Jahr rund 25.000 Neuzuwanderer nach Frankreich. Auf den Plätzen drei und vier folgten China und Tunesien.⁷

Insgesamt war der Migrationssaldo (Nettozuwanderung) in den letzten Jahren durchgehend positiv. 2010 lag er bei etwa 75.000 Personen. Somit trug die Migration zum Wachstum der französischen Bevölkerung bei. Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern wie z.B. Deutschland hat Frankreich aber auch einen Geburtenüberschuss. Durchschnittlich lag die Geburtenrate in Frankreich 2010 bei 2,01 Kindern pro Frau (Durchschnitt in der EU-27 im Jahr 2010: 1,59 Kinder/Frau). Sie erreichte in diesem Jahr den höchsten Wert seit Ende des Baby-Booms 1973.⁸ Nach Angaben des Institut National d'Etudes Démographiques (INED) liegt die Geburtenrate von Personen aus Einwandererfamilien – entgegen weit verbreiteter Vorurteile – jedoch nicht wesentlich höher als die der Bevölkerung französischer Herkunft.⁹

Entgegen anders lautender Befürchtungen im Vorfeld der EU-Osterweiterung 2004 wird in Frankreich auch acht Jahre nach der Aufnahme der neuen Mitgliedsstaaten kein signifikanter Anstieg legaler und dauerhafter Zuwanderung aus diesen Ländern registriert. Frankreich hatte 2004 gemeinsam mit der Mehrheit der EU-Staaten die Arbeitnehmerfreizügigkeit für osteuropäische Arbeitskräfte zunächst beschränkt, öffnete in der Folge seinen Arbeitsmarkt jedoch schrittweise. Pünktlich zum Antritt der EU-Ratspräsidentschaft am 1. Juli 2008 hob Frankreich schließlich die letzten Beschränkungen des Arbeitsmarktzugangs auf.¹⁰

2006 wurden 7.879 Aufenthaltserlaubnisse an Personen aus den 2004 beigetretenen osteuropäischen Mitgliedstaaten vergeben. Nach der Aufnahme von Bulgarien und Rumänien (2007) stieg die Zahl der Aufenthaltsgenehmigungen auf 9.569 (2007) und 9.566 (2008). Die Aufhebung der Übergangsregelungen für die 2004 beigetretenen EU-Mitgliedstaaten aus Osteuropa und die damit einhergehende volle Personenfreizügigkeit für deren Staatsangehörige führte dann zu einem deutlichen Absinken der Zahl der vergebenen Aufenthaltstitel (2009: 6.711; 2010: 7.358).¹¹

Die Einwandererbevolkerung

In der französischen Statistik werden Einwanderer (immigrés) und Ausländer (étrangers) separat erfasst. »Einwanderer« sind Personen, die im Ausland mit nicht-französischer Staatsbürgerschaft geboren wurden und sie bleiben auch dann als solche erfasst, wenn sie die französische Staatsangehörigkeit annehmen. Am 1. Januar 2008 lebten 5,23 Millionen Einwanderer in Frankreich (Gesamtbevölkerung am 1. Januar 2008: 62,13 Millionen).¹² 2,72 Millionen Einwanderer hatten im Jahr 2008 die französische Staatsbürgerschaft angenommen. Insgesamt hat sich der Einwandereranteil an der französischen Bevölkerung seit Mitte der 1970er Jahre deutlich erhöht. Damals lag er bei 7,4% und blieb bis zur Jahrtausendwende auf diesem Niveau. Bis 2008 war er auf 8,4% angestiegen.

In die statistische Kategorie »Ausländer« fallen Personen mit nicht-französischer Staatsbürgerschaft,

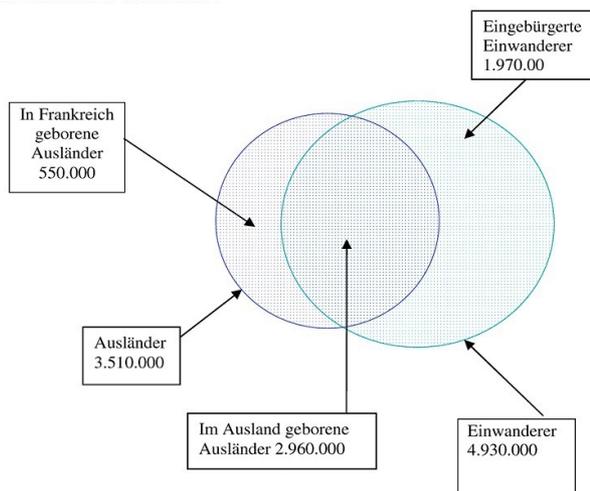
Tabelle 1: Einwanderer nach Herkunftsland

	2008	
	in %	in absoluten Zahlen
Europa	38,0	2.032.021
EU-27	33,9	1.808.425
Spanien	4,8	257.315
Italien	5,9	317.260
Portugal	10,9	580.598
Vereinigtes Königreich	2,8	147.954
Andere Länder der EU-27	9,5	505.296
Andere europäische Länder	4,2	223.596
Afrika	42,5	2.271.231
Algerien	13,4	713.334
Marokko	12,3	553.826
Tunesien	4,4	234.669
Andere afrikanische Länder	12,5	669.401
Asien	14,2	756.846
Türkei	4,5	238.862
Kambodscha, Laos, Vietnam	3,0	162.684
Andere asiatische Länder	6,7	355.301
Amerika, Ozeanien	5,3	282.191
Gesamt	100	5.342.288

Quelle: INSEE, Zensus 2008 (Frankreich mit Überseegebieten)

auch wenn sie in Frankreich geboren wurden. Insgesamt lebten Anfang 2008 3,6 Millionen Ausländer in Frankreich (Metropole), was einem Anteil von 5,8% der Gesamtbevölkerung entspricht. Davon wurden mehr als 550.000 auf französischem Territorium geboren. Zwischen 1999 und 2008 wuchs die ausländische Bevölkerung schneller als die Gesamtbevölkerung Frankreichs (14,4% gegenüber 8,7%). Abbildung 2

Abbildung 2: Einwanderer und Ausländer in der amtlichen Statistik



Quelle: Institut national de la statistique et des études économiques, INSEE (2006), Darstellung des Autors

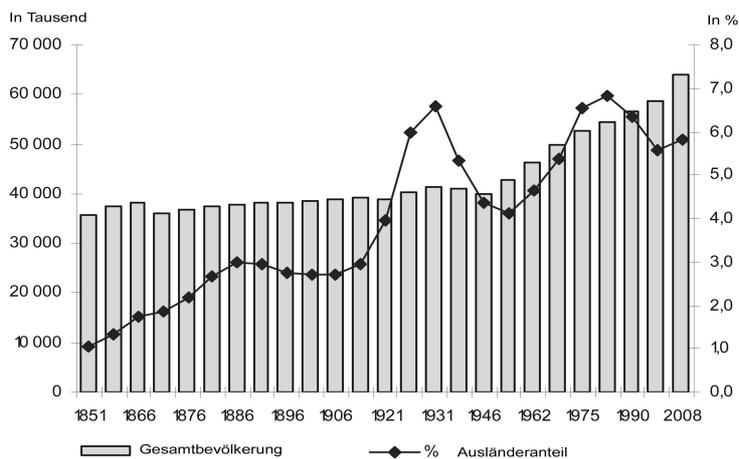
zeigt beispielhaft für das Jahr 2006 auf, wie sich die Personengruppen der Einwanderer und Ausländer in der Statistik überschneiden können.

Gleichzeitig zum relativen und absoluten Anstieg der Zuwandererbevölkerung hat sich deren Zusammensetzung nach Herkunftsländern gewandelt. Nach dem Zweiten Weltkrieg kam der überwiegende Teil der Einwanderer aus Europa (1962: 79%). Dieser Anteil ist kontinuierlich gesunken. Im Jahr 2008 lag er bei nur noch 39,2%. Dabei liegen die Herkunftsregionen immer weiter von Frankreich entfernt. Im Jahr 2005 lebten zum ersten Mal mehr Einwanderer aus Afrika¹³ in Frankreich (1962: 15,3%; 2005: 42,2%) als aus Europa.

Auch im Jahr 2008 bildeten Migranten aus Afrika die größte Ausländergruppe in Frankreich, allerdings mit leicht rückläufiger Tendenz (41% der 2008 in Frankreich lebenden Ausländer stammten aus Afrika). Vertreten sind vor allem Zuwanderer aus den ehemaligen französischen Kolonien im Norden des afrikanischen Kontinents – Algerien, Marokko und Tunesien. Auch die Zuwanderung aus Asien hat deutlich zugenommen (1962: 2,4%; 2005: 13,9%). Im Jahr 2008 stellten Migranten aus Asien 13,7% der in Frankreich lebenden Ausländer. Die Türkei war das wichtigste Herkunftsland aus dem asiatischen Raum.

Abbildung 3:

Ausländeranteil an der französischen Gesamtbevölkerung (Metropole) in den Volkszählungen seit 1851



Quelle: Secrétariat général à l'immigration et à l'intégration/Ministère de l'Intérieur, de l'outre-mer, des Collectivités territoriales et de l'Immigration (Hrsg./2011, S.53)

Hinweise: (1) Von 1851 bis 1876 handelt es sich um die französische Wohnbevölkerung zum Zeitpunkt der jeweiligen Volkszählung. (2) Von 1881 bis 1939 handelt es sich um die Bevölkerung, die zum Zeitpunkt der Volkszählung in Frankreich anwesend war.

In absoluten Zahlen gemessen stammten im Jahr 2008 etwa 1,3 Millionen der 3,7 Millionen in Frankreich (mit Überseegebieten) lebenden Ausländer aus der Europäischen Union (EU-27). Weitere rund 154.000 Einwanderer mit ausländischem Pass kamen aus einem europäischen Land, das nicht zur EU gehörte. Insgesamt 1,5 Millionen Einwanderer besaßen die Staatsangehörigkeit eines afrikanischen Landes. Etwa 509.900 der in Frankreich lebenden Ausländer hatten ihre Wurzeln in Asien.¹⁴

Die wichtigsten Herkunftsländer der in Frankreich lebenden ausländischen Bevölkerung im Einzelnen waren 2008 Portugal (490.724), Algerien (470.776), Marokko (443.536), die Türkei (221.935), Italien (174.016), Großbritannien (150.819), Tunesien (143.716) und Spanien (128.780).

Neben der Zusammensetzung der Herkunftsländer hat sich auch das Geschlechterverhältnis unter den Einwanderern im Laufe der Jahre gewandelt. Nach dem Zweiten Weltkrieg kamen zunächst überwiegend Männer, um in Frankreich zu arbeiten. Seit 1974 überwiegt mit der Familienzusammenführung die weibliche Einwanderung. Seit dem Jahrtausendwechsel ist der Anteil der weiblichen und männlichen Einwanderer jedoch weitgehend ausgeglichen. So waren 2008 51% der in Frankreich lebenden ›étrangers‹ und 49% der ›immigrés‹ männlich.¹⁵

Nachkommen von Einwanderern

Als Nachkommen von Einwanderern (›descendants d'immigrés‹) werden in Frankreich geborene Personen verstanden von denen mindestens ein Elternteil mit ausländischer Staatsangehörigkeit im Ausland geboren wurde. Schätzungen für das Jahr 2010 gehen davon aus, dass rund 6,4 Millionen in Frankreich lebende Personen zu dieser Gruppe gezählt werden können. Dies entspricht einem Anteil von 10,4%

der Gesamtbevölkerung. Die Zusammensetzung der Gruppe der Nachkommen von Einwanderern spiegelt die Migrationsgeschichte Frankreichs wider. 3,3 Millionen Personen mit Zuwanderungsgeschichte hatten mindestens einen Elternteil, der aus einem europäischen Land nach Frankreich eingewandert war, vor allem aus Italien, Spanien und Portugal, also Ländern, die bereits in Frühphasen der Arbeitsmigration seit dem 19. Jahrhundert einen Großteil der ausländischen Arbeitskräfte in Frankreich stellten. Weitere 1,8 Millionen Personen waren Nachkommen von Zuwanderern aus dem Maghreb, also aus ehemaligen französischen Kolonien in Nordafrika. Die übrigen rund 1,3 Millionen Personen mit Zuwanderungsgeschichte hatten ihre Wurzeln in anderen Regionen Afrikas und in Asien, also in Herkunftsgebieten, aus denen sich die jüngere Zuwanderung nach Frankreich speist. Bei den Nachkommen von Einwanderern handelt es sich um eine junge Bevölkerung. Der Altersdurchschnitt dieser Gruppe liegt mit 31,9 Jahren deutlich unter dem

der Gesamtbevölkerung (40,5 Jahre).¹⁶

Lebenslage der Einwandererbevölkerung

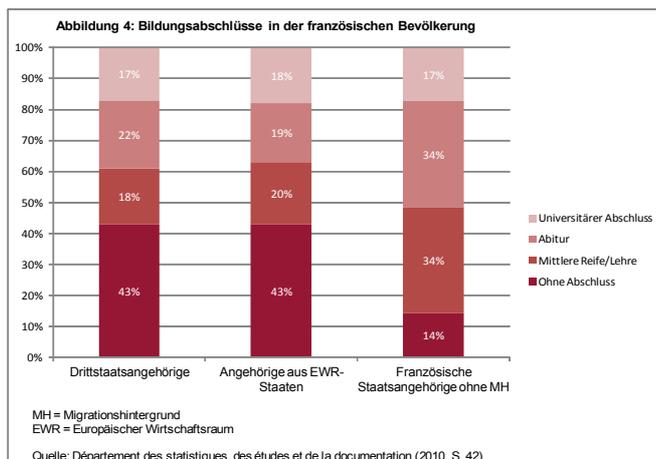
In Bezug auf die Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern zeigt sich gegenüber der französischen Gesamtbevölkerung eine deutliche Benachteiligung. Das gilt vornehmlich für Drittstaatenangehörige. Sie sind häufiger von Arbeitslosigkeit und prekären Beschäftigungsverhältnissen betroffen und zeigen niedrigere Erwerbsquoten auf.

Im Jahr 2010 lag die Erwerbsquote in der ausländischen Bevölkerung bei 64,5% gegenüber 70,6% in der französischen Bevölkerung. Die niedrigere Erwerbsquote ergab sich dabei vor allem aus der im Vergleich zu Französisinnen (66,9%) niedrigen Erwerbsquote von Ausländerinnen

(52,4%). Diese war bei Türcinnen (21,8%) und Frauen aus den Maghreb-Staaten (37,3%) besonders niedrig. Dagegen wiesen insbesondere männliche Ausländer aus dem europäischen Wirtschaftsraum und der Schweiz (81,2%) sowie aus Algerien (80,5%) Erwerbsquoten auf, die deutlich über dem Durchschnitt in der französischen Bevölkerung (70,6%) lagen.

Während Personen aus Drittstaaten im Jahr 2010 dreimal häufiger arbeitslos waren als Franzosen – ihre Arbeitslosenquote lag bei 23,5% gegenüber 8,9% in der französischen Bevölkerung – erreichte die Arbeitslosenquote von Zuwanderern aus dem europäischen Wirtschaftsraum mit 8,5% einen niedrigeren Wert als diejenige von französischen Staatsangehörigen. Die höhere Arbeitslosigkeit vor allem unter Drittstaaten sowie ihre Anstellung in oft prekären Beschäftigungsverhältnissen gehören zu den Ursachen eines erhöhten Armutsrisikos innerhalb dieser Bevölkerungsgruppe. Im Jahr 2009 lebten 36% der Ausländer aus Drittstaaten unterhalb der Armutsgrenzen gegenüber 10% der Personen mit französischer Staatsangehörigkeit.¹⁷

Das Bildungsniveau der Einwanderer ist deutlich gestiegen und es ist ein Aufholen gegenüber der Nicht-Einwanderer-Bevölkerung zu beobachten. Dennoch besteht weiterhin eine Bildungsbenachteiligung, die sich insbesondere im Hinblick auf die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss zeigt, wie aus Abbildung 4 hervorgeht.



Regional konzentrieren sich die Einwanderer in Frankreich auf die großen Ballungsgebiete. Die Region mit dem höchsten Einwandereranteil ist die Region Île-de-France (Großraum Paris), wo 40% der Einwanderer leben. Weitere wichtige Regionen sind Rhône-Alpes (Lyon) und Provence-Alpes-Côte d'Azur (Marseille). In beiden Regionen lag allein der Ausländeranteil im Jahr 2008 bei jeweils 8%.¹⁸

Irreguläre Zuwanderung

Schätzungen zufolge befinden sich etwa 200.000–400.000 Personen ohne legalen Aufenthaltsstatus – so genannte Sans-Papiers – auf französischem Territorium. Dabei ist die Zahl irregulärer Migranten in den französischen Übersee-Territorien besonders hoch. Alleine für Französisch-Guayana wird die Zahl der Sans-Papiers auf 30.000–80.000 geschätzt

(Gesamteinwohnerzahl 2008: 216.000¹⁹). Aufgrund ihrer geographischen Nähe zu Herkunftsländern von Migranten sind insbesondere Mayotte, Französisch-Guayana, Saint-Martin und Guadeloupe einem höheren Migrationsdruck ausgesetzt als die Metropole.²⁰

Während sich die irreguläre Migration in den Übersee-Territorien aus der Region selbst speist, beispielsweise aus Haiti, wird vermutet, dass die Mehrheit der irregulären Migranten in der Metropole aus Westafrika und den Maghreb-Staaten stammt. Als Reaktion auf das Phänomen wurde bereits 1982 ein erstes Legalisierungsprogramm durchgeführt, im Zuge dessen erhielten 132.000 Personen einen legalen Aufenthaltsstatus. Öffentlich in Erscheinung traten die Sans-Papiers besonders mit ihren Protesten im Jahr 1996. Damals wurden in Paris zwei Kirchen besetzt und Aufenthaltstitel gefordert. Seitdem sind der Begriff und die Bewegung der Sans-Papiers in der französischen Öffentlichkeit fest verankert. Wenige Wochen nach Antritt der Regierung Lionel Jospin (PS) im Juni 1997 wurde dann ein zweites Legalisierungsprogramm aufgelegt. Diesmal erhielten etwa 87.000 von insgesamt 150.000 Antragstellern einen Aufenthaltstitel.

Im Jahr 2006 gab es eine sehr beschränkte Legalisierung solcher Familien ohne Papiere, deren Kinder in Frankreich zur Schule gehen. Von den mehr als 30.000 Antragstellern erhielten letztendlich 6.924 eine Aufenthaltsgenehmigung. Migrantenhilfsorganisationen wie das ›Netzwerk Bildung ohne Grenzen‹ (RESF) fordern weitere Legalisierungen für diese Personengruppe.²¹ Vermehrte Legalisierungen sind auch das Ziel der Gewerkschaften, die Arbeiter ohne gültige Arbeitserlaubnis unterstützen. Davon hatten 2010 rund 500 im Zuge langanhaltender Streiks über drei Monate lang die Cité nationale de l'histoire de l'immigration, das französische Migrationsmuseum (s.o.), besetzt.

Mit dem Einwanderungsgesetz von 2006 wurde die automatische Legalisierung der Einwanderer, die ohne entsprechende Erlaubnis seit mindestens zehn Jahren in Frankreich leben, abgeschafft. Somit stellt das Gesetz grundsätzlich eine Abkehr von Legalisierungen als Instrument im Umgang mit der Problematik der irregulären Zuwanderung dar.

Die Abschiebung von Personen ohne gültige Aufenthaltserlaubnis avancierte unter Präsident Nicolas Sarkozy zu einem populären Mittel im ›Kampf‹ gegen irreguläre Migration. Bereits in seiner Funktion als Innenminister hatte Sarkozy angekündigt, die Zahl der Abschiebungen irregulärer Migranten signifikant erhöhen zu wollen. Diese Politik setzte er gezielt in die Tat um. Während zwischen 1997 und 2002 jährlich rund 9.000 Sans-Papiers abgeschoben wurden, erreichten die Ausweisungen 2011 ein Rekordniveau: Insgesamt wurden laut Regierungsangaben 32.912 Personen abgeschoben. Über die Hälfte der Abschiebungen erfolgten dabei aus den französischen Territorien in Übersee. Alleine aus Mayotte wurden 2010 20.429 Personen ausgewiesen. Wie Innenminister Claude Guérant im Januar 2010 mitteilte, soll dieser Kurs fortgesetzt werden. Die Zahl der Abschiebungen irregulärer Migranten soll 2012 auf 35.000 ansteigen.²²

Flucht und Asyl

Ende der 1980er Jahre wuchs die Zahl der Asylanträge in Frankreich deutlich (1982: 22.500, 1989: 61.400). Dies kann teilweise damit erklärt werden, dass Zuwanderer verstärkt auf das Asylrecht zurückgriffen, da andere Migrationskanäle nicht mehr vorhanden waren. Bürokratische Hindernisse und ein Trend zu geringeren Anerkennungsquoten führten in den 1990er Jahren zu einem Rückgang der Antragszahlen. Allerdings stieg die Zahl der Asylanträge Ende der 1990er Jahren entgegen dem europäischen Trend wieder an. Zwischen 1996 (17.405 Erstanträge) und 2003 (52.204 Erstanträge) verdreifachte sie sich. In den Folgejahren sank die Zahl der Asylanträge wieder, da die französische Asylpolitik durch eine Reform 2003 deutlich restriktivere Züge annahm. Seit 2008 ist allerdings wieder ein Anstieg der Asylsuchendenzahl zu beobachten. 2010 wurden insgesamt 52.762 Asylanträge gestellt (davon 48.074 Erstanträge). Frankreich war damit in diesem Jahr das Land mit der höchsten Asylantragsrate in Europa. International rangierte es auf Platz zwei hinter den USA.²³

Die drei Hauptherkunftsländer von Asylsuchenden waren 2010 der Kosovo, Bangladesch und die Demokratische Republik Kongo. Insgesamt ist die Zahl der Asylanträge aus Ländern Europas rückläufig, während die Asylantragszahlen von Personen aus dem asiatischen Raum steigen.

Tabelle 2: Asylbewerber in Frankreich nach Herkunftsland

Kontinent	2010	%	2009	%	Entwicklung 2010/2009 in %
Europa	11.442	31,0	11.609	34,9	-1,4
davon Kosovo	3.267	8,8	3.048	9,2	7,2
Russ. Föderation	2.425	6,6	1.961	5,9	23,7
Armenien	1.278	3,5	2.297	6,9	-44,4
Türkei	1.240	3,4	1.826	5,5	-32,1
Asien	10.310	27,9	8.170	24,6	26,2
davon Bangladesch	3.061	8,3	1.375	4,1	122,6
Sri Lanka	2.265	6,1	2.617	7,9	-13,5
China	1.805	4,9	1.542	4,6	17,1
Afrika	13.028	35,3	11.600	34,9	12,3
davon Demokrat. Rep. Kongo	2.616	7,1	2.113	6,4	23,8
Guinea	1.712	4,6	1.455	4,4	17,7
Algerien	1.024	2,8	1.015	3,1	0,9
Mauretanien	862	2,3	1.069	3,2	-19,4

Quelle: Secrétariat général du comité interministériel de contrôle de l'immigration (2011, S. 100)

Neben dem konventionellen Flüchtlingsstatus existiert seit dem 1. Januar 2004 in Frankreich auch der sogenannte subsidiäre Schutz (›protection subsidiaire‹), der Personen verliehen werden kann, die die Bedingungen für einen Flüchtlingsstatus nicht erfüllen, aber in ihren Herkunftsländern von Todesstrafe oder Folter bedroht sind bzw. bei einer Rückkehr in ihre Heimat um ihr Leben fürchten müssen. Ihnen kann eine temporäre Aufenthaltsgenehmigung erteilt werden. Jeweils nach Ablauf eines Jahres wird erneut geprüft, ob der Schutzgrund weiterhin besteht. Ist dies der Fall, so kann die Aufenthaltsgenehmigung verlängert werden. Im Jahr 2009 wurde in 1.785 Fällen subsidiärer Schutz gewährt.²⁴ Der subsidiäre Schutz löste das seit 1998 bestehende territoriale Asyl (›asile territorial‹) ab.

Angesichts der derzeitig stark ansteigenden Asylantragszahlen will der amtierende Innenminister Claude Guérant das

Asylrecht weiter verschärfen und vor allem gegen ›Wirtschaftsflüchtlinge‹ und ›Asylbetrüger‹ vorgehen. Darüber hinaus soll eine Ausweitung der Liste sogenannter sicherer Herkunftsstaaten die Zahl der berechtigten Asylantragssteller deutlich senken. Ein entsprechendes Gesetz steht derzeit noch aus.

Staatsangehörigkeit

Das Staatsangehörigkeitsgesetz von 1889 führte in Frankreich das Territorialprinzip (ius soli) ein, das bis heute Gültigkeit besitzt. Entsprechend erhalten in Frankreich geborene Kinder ausländischer Eltern mit vollendetem 18. Lebensjahr automatisch die französische Staatsangehörigkeit sofern sie mindestens fünf Jahre in Frankreich gelebt haben und zum Zeitpunkt der Einbürgerung ihren festen Wohnsitz auf französischem Territorium haben. Im Ausland geborene und in Frankreich lebende Personen können die französische Staatsangehörigkeit erwerben, wenn sie bestimmte Voraussetzungen erfüllen. Sie müssen einen Mindestaufenthalt von fünf Jahren (Ehepartner von Franzosen vier Jahre) vorweisen können und über ausreichende Sprachkenntnisse verfügen. Des Weiteren dürfen sie nicht auf Sozialleistungen angewiesen sein. Gegen Ende der 1990er Jahre stieg die Zahl der Einbürgerungen deutlich an und im Jahr 2000 wurde mit 150.025 eingebürgerten Personen ein neuer Rekord erreicht,

der 2005 noch einmal übertroffen wurde (154.827 Einbürgerungen). Seit 2006 ist ein Rückgang der Einbürgerungszahlen festzustellen (2010: 143.275 Einbürgerungen)²⁵, der auch durch erschwerte Bedingungen für den Erwerb der französischen Staatsangehörigkeit insbesondere hinsichtlich nachzuweisender Sprachkenntnisse erklärt werden kann. Diese wurden mit dem am 16. Juni 2011 veröffentlichten Gesetz zur Einwanderung, Integration und Staatsangehörigkeit (›loi relative à l'immigration, à l'intégration et à la nationalité‹) auf das Niveau B1 des gemeinsamen europäischen Referenzrahmens festgelegt. Darüber hinaus sieht das Gesetz für Ausländer, die die Einbürgerung anstreben,

die Unterzeichnung einer Charta über die Rechte und Pflichten von Staatsangehörigen (›Charte des droits et des devoirs du citoyen‹) vor, mit der sie sich verpflichten, die französischen Gesetze und Werte anzuerkennen. Diese Verschärfungen könnten zu einem Rückgang der Einbürgerungszahlen führen. In den letzten zehn Jahren ließen sich, in absoluten Zahlen gemessen, vor allem Personen aus den Maghreb-Staaten Marokko (2010: 17.601), Algerien (16.417) und Tunesien (5.613) einbürgern.²⁶ Die große Mehrheit (61,2%) derjenigen, die im Jahr 2010 die französische Staatsangehörigkeit erwarben, stammte aus einem afrikanischen Land. Personen aus Asien (13,2%) und Europa (9,4%) folgten im selben Jahr auf den Plätzen zwei und drei in der Einbürgerungsstatistik.

Aktuelle Entwicklungen

Einwanderungspolitik

Seitdem eine konservative Regierung unter Premierminister Jean-Pierre Raffarin (UMP)²⁷ im Jahr 2002 die Geschäfte übernahm, ist eine Trendwende zu einer restriktiveren Einwanderungspolitik zu beobachten. Im Folgenden werden einige Eckpunkte dieser Entwicklung nachgezeichnet.

Am 30. Juni 2006 wurde in Frankreich ein neues Einwanderungsgesetz (›loi relative à l'immigration et à l'intégration‹) vom Senat verabschiedet, das die Einwanderungs- und Integrationspolitik weitreichend reformierte. Ziel ist eine gezieltere, nachfrageorientierte Steuerung der Zuwanderung. Entsprechend wurde das Gesetz unter dem Namen ›immigration choisie‹ (›gewählte Einwanderung‹) bekannt. Es enthält härtere Auflagen für den Familiennachzug, eine neu geschaffene Aufenthaltserlaubnis für besonders qualifizierte Arbeitnehmer (›carte compétences et talents‹) sowie einen verpflichtenden ›Aufnahme- und Integrationsvertrag‹ (›contrat d'accueil et d'intégration‹, CAI) für Ausländer, die dauerhaft im Land bleiben wollen. Der Integrationsvertrag sieht die Teilnahme an zivilgesellschaftlichen Schulungen und Sprachkursen vor. Abgeschafft wurde, wie bereits erwähnt, die automatische Legalisierung von Einwanderern, die ohne Aufenthaltserlaubnis seit mindestens zehn Jahren in Frankreich leben.²⁸

Das Gesetz wurde von Menschenrechtsorganisationen und linken Parteien heftig kritisiert. Sie bezeichneten das Konzept der ›immigration choisie‹ als ›immigration jetable‹ (›Weg-werf-Immigration‹), da ihres Erachtens nur ökonomischer Nutzen – und nicht die Menschen selber – im Vordergrund steht. Mehrere Oppositionsparteien klagten gegen das Gesetz. Das Verfassungsgericht (›Conseil Constitutionnel‹) lehnte die Klage jedoch am 20. Juli 2006 ab.

2007 folgte das Gesetz zur Steuerung von Migration, Integration und Asyl (›loi relative à la maîtrise de l'immigration, à l'intégration et à l'asile‹) mit dem Ziel der Bekämpfung irregulärer Migration, der Einschränkung der Zuzugsmöglichkeiten, vor allem im Rahmen des Familiennachzugs bei gleichzeitiger Stärkung der Zuwanderung von (hochqualifizierten) Arbeitnehmern.

Das Gesetz sieht für die Familienzusammenführung den Nachweis ausreichender finanzieller Mittel zur Unterstützung nachziehender Familienangehöriger vor, deren Bemessung sich nach der Familiengröße richtet. Außerdem verpflichten sich Familien zur Unterzeichnung eines Integrationsvertrages für Familien (›Contrat d'accueil et d'intégration pour la famille‹) mit dem Eltern erklären, die Integration ihrer Kinder in die französische Gesellschaft zu forcieren. Als Folge dieser Verschärfungen kann ein Rückgang des Familiennachzugs zwischen 2006 und 2008 beobachtet werden. Im Jahr 2010 wurden insgesamt 82.235 Aufenthaltstitel für nachziehende Familienangehörige aus Drittstaaten vergeben.²⁹

Das am 16. Juni 2011 veröffentlichte Gesetz zur Immigration, Integration und Staatsangehörigkeit (›loi relative à l'immigration, à l'intégration et à la nationalité‹) dient vor allem der Umsetzung dreier europäischer Richtlinien, die den Zuzug von Hochqualifizierten, Sanktionen gegen Arbeitgeber,

die irreguläre Migranten beschäftigen sowie die Rückführung von Sans-Papiers betreffen. Das Gesetz führt die 2006 eingeschlagene Linie der ›immigration choisie‹, also der gesteuerten Einwanderung, weiter. Es führt die europäische ›Blue Card‹ ein, die hochqualifizierten Drittstaatsangehörigen den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern soll.

Integrationspolitik

Spätestens seit Mitte der 1980er Jahre gibt es Debatten um die Integration von Zuwanderern – insbesondere aus den Maghreb-Staaten – und über die Grenzen des republikanischen Integrationsmodells.³⁰ Immer wieder kommt es – wie im Herbst 2005 und 2007 und im Sommer 2010 – zu gewaltsamen Konflikten, an denen überwiegend Jugendliche aus Einwandererfamilien beteiligt sind.³¹ Gleichzeitig ist seit den 1980er Jahren ein zunehmender Erfolg rechtsextremer politischer Kräfte, insbesondere des Front National, zu beobachten. Diese beiden Krisensymptome sind jedoch nur die sichtbarsten Phänomene. Seit den 1990er Jahren hat sich zudem das Spannungsverhältnis zwischen den republikanisch-glaubensneutralen Werten (›laïcité‹) der Republik und dem Recht auf freie Religionsausübung, insbesondere der wachsenden muslimischen Gemeinschaft, weiter verstärkt und ist zu einem zentralen Streitthema geworden (vgl. ›Umgang mit dem Islam‹).

Vor diesem Hintergrund stellt das Gesetz für die Chancengleichheit (›loi pour l'égalité des chances‹) vom 31. März 2006 eine wichtige Entwicklung im Bereich der Integrationspolitik dar. Obwohl seit längerem geplant, wurde es von der Regierung als Antwort auf die Unruhen in den Vorstädten im Herbst 2005 vorgestellt. Es beinhaltet eine Vielzahl von Maßnahmen, die Diskriminierung verhindern und somit die Integrationschancen für junge Einwanderer – insbesondere auf dem Arbeitsmarkt – verbessern sollen. Zentrale Maßnahmen sind Programme zur Bildungs- und Arbeitsmarktförderung für Jugendliche aus sozial schwierigen Verhältnissen, insbesondere in den Vororten, in denen sich Einwandererfamilien konzentrieren. Das Gesetzespaket sieht ferner die Einrichtung einer Behörde für sozialen Zusammenhalt und Chancengleichheit vor (›Agence nationale pour la cohésion sociale et l'égalité des chances‹, Acsé). Ferner beinhaltete das Gesetz in seiner ursprünglichen Form den umstrittenen Ersteinstellungsvertrag (›contrat première embauche‹, CPE).³² Dieser wurde jedoch nach wochenlangen Protesten zurückgenommen.

Seit dem 1. Januar 2007 müssen alle neu zuziehenden Drittstaatsangehörigen einen Integrationsvertrag (›Contrat d'accueil et d'intégration‹) unterzeichnen mit dem sie sich verpflichten, die Gesetze und Werte der französischen Republik zu achten und die französische Sprache zu erlernen. Dazu stellt der Staat Sprach- und Orientierungskurse zur Verfügung. Kommen Zuwanderer ihrer Integrationsverpflichtung nicht nach, so kann dies die Verlängerung ihrer Aufenthaltsgenehmigung gefährden.

Für die Umsetzung der französischen Integrationspolitik ist das 2009 ins Leben gerufene ›Office français de l'immigration et de l'intégration‹ (OFII) verantwortlich.

Roma-Kontroverse

Die enge Verknüpfung von Migration mit dem Diskurs um die nationale Sicherheit Frankreichs zeigte sich 2010, als die Auflösung illegaler Roma-Siedlungen und die Abschiebung hunderter Roma in ihre Herkunftsländer, vor allen nach Rumänien und Bulgarien, international für Aufsehen sorgte. Nach gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Polizeikräften und jugendlichen Roma in Grenoble und Saint-Aignan im Juli 2010 kündigte Innenminister Brice Hortefeux ein Maßnahmenpaket gegen illegal im Land lebende Roma an, deren Siedlungen von Nicolas Sarkozy als »Horte der Kriminalität« bezeichnet wurden. Die daraufhin einsetzenden Massenausweisungen von Roma stießen international auf heftige Kritik. Der UN-Ausschuss gegen Rassendiskriminierung forderte einen sofortigen Stopp der Ausweisungen, da Kollektivabschiebungen menschenrechtswidrig seien. Auch die EU-Kommission reagierte und warf Frankreich einen Verstoß gegen das im EU-Vertrag verankerte Recht auf Bewegungsfreiheit von EU-Bürgern innerhalb der Union vor. Frankreich begründete hingegen die Ausweisungen mit Verweis auf eine EU-Richtlinie aus dem Jahr 2004 (2004/38/CE), wonach Unionsbürger und ihre Familien nur dann das Recht haben sich in einem anderen EU-Mitgliedstaat länger als drei Monate aufzuhalten, wenn sie über einen Arbeitsplatz und genügend finanzielle Mittel zur Existenzsicherung verfügen sowie ausreichenden Krankenversicherungsschutz nachweisen können. Die meisten in Frankreich lebenden Roma erfüllen diese Voraussetzungen nicht. Gleichzeitig betonte Einwanderungsminister Eric Besson, dass es sich um »freiwillige« Ausreisen handle, da Ausreisepremien von 300 Euro pro Erwachsenen und 100 Euro pro Kind gewährt wurden. Personen, die diese Prämien in Anspruch nahmen, wurde allerdings ein Wiedereinreiseverbot erteilt. EU-Justizministerin Viviane Reding drohte Frankreich mit einem Strafverfahren wegen der Verletzung der Charta für Grundrechte der EU. Frankreich lenkte daraufhin ein und kündigte die vollständige Umsetzung von EU-Recht an.³³

Umgang mit dem Islam

In Frankreich lebt die größte islamische Gemeinde der EU mit etwa fünf Millionen Muslimen. Seit einigen Jahren und verstärkt nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA versucht die französische Regierung, einen moderaten Islam zu stärken, der mit der französischen Verfassung vereinbar ist. Im Jahr 2003 wurde der erste nationale Islamrat (»Conseil français du culte musulman«, CFCM) gewählt. Dieser soll eine einheitliche Vertretung aller in Frankreich lebenden Muslime gegenüber der Regierung sein und ist auch für die Ausbildung der Imame, also der muslimischen Prediger, zuständig.³⁴ Gleichzeitig wird verstärkt versucht, die laizistischen Werte der Republik zu verteidigen, die 1905 gesetzlich niedergelegt wurden. Hierzu wurde ein Gesetz zum Verbot religiöser Zeichen in Schulen verabschiedet³⁵, das am 2. September 2004 mit dem Beginn des neuen Schuljahres in Kraft trat. Dem Gesetz ging eine lange Diskussion über Laizismus, d.h. über die Form von Trennung zwischen Staat und Kirche/Religion, voraus. Laut Gesetz sind »betont auffällige« Symbole aller Religionen an Schulen

verboten, darunter auch das Tragen von Kopftüchern durch muslimische Schülerinnen, welches die Diskussionen ausgelöst hatte. Die Einführung der neuen Regelung verlief jedoch weitgehend konfliktfrei. Ein weiteres Gesetz zielt darauf ab, religiösen Fundamentalismus zu bekämpfen. Es regelt den Umgang mit Personen, die zur »Provokation von Gewalt gegen eine bestimmte Person« aufrufen, und sieht in diesen Fällen die Möglichkeit der Abschiebung vor.³⁶

Für Schlagzeilen und heftige Diskussionen sorgte ein im April 2011 in Kraft getretenes Gesetz, das fortan das Tragen einer Vollverschleierung in der Öffentlichkeit unter Strafe stellt. Diese wird als Symbol der Unterdrückung von Frauen und eines fundamentalistischen Islam gewertet. Schätzungen gehen davon aus, dass in Frankreich rund 2.000 Frauen leben, die Vollverschleierung tragen und daher von diesem Gesetz betroffen sind.³⁷ Gegner des Gesetzes sehen in ihm einen Verstoß gegen die Religions- und Meinungsfreiheit.

Seit September 2011 dürfen Muslime nicht mehr in der Öffentlichkeit beten. Von diesem Gesetz sind vor allem Gläubige betroffen, die mangels ausreichend großer Gebetsräume in französischen Städten ihren Gebetsteppich auf dem Gehweg ausrollen. Präsident Sarkozy wird vorgeworfen, mit dem Gesetz im Vorfeld der Präsidentschaftswahl im April 2012 Wählerstimmen aus dem rechten Lager sichern zu wollen.³⁸

Zukünftige Herausforderungen

Die Präsidentschaft von Nicolas Sarkozy, der 2007 zum Staatsoberhaupt gewählt wurde, führte zu einer deutlichen Verschärfung der französischen Migrationspolitik. Die Auflösung eines Camps von überwiegend afghanischen Sans-Papiers in Calais im September 2009, die Räumung von mehreren hundert Roma-Siedlungen und die Abschiebung ihrer Bewohner (2010), das »Burka-Verbot« (2011) sowie Diskussionen um die französische Nationalkultur³⁹ und Halal-geschlachtetes Fleisch – all dies sind nur einige Eckpunkte einer Entwicklung, die in den letzten Jahren zur Stigmatisierung der Zuwandererbevolkerung geführt haben. Sie sind auch Ausdruck verbreiteter Ängste vor Zuwanderung, die von rechtspopulistischen Stimmen in der Politik (v.a. Front National) und der französischen Bevölkerung geschürt werden.

Es ist abzusehen, dass sich der Kurs einer restriktiven Migrationspolitik fortsetzen wird, sollte Sarkozy auch die Präsidentschaftswahl im Frühjahr 2012 gewinnen. Wie schon 2007 stellt die Einwanderung eines der zentralen Themen im Wahlkampf dar. Während die aktuelle Regierungspartei das Ziel verfolgt, die Einwanderung von derzeit rund 200.000 Personen pro Jahr um 10% senken zu wollen, kündete die Spitzenkandidatin des rechtsextremen Front National, Marine Le Pen, an, die Zahl der Zuwanderer auf 10.000 pro Jahr zu begrenzen. Eine moderatere Position vertritt die Sozialistische Partei, die im Falle eines Wahlsiegs das Kommunalwahlrecht auch für Drittstaatsangehörige durchsetzen möchte.⁴⁰

Die zentrale Herausforderung für die französische Politik und Gesellschaft stellt die Überwindung der sozialen und ökonomischen Marginalisierung der Migranten und deren Nachfahren in den Vorstädten dar. Die Vorstadtunruhen aus

dem Herbst 2005, die seitdem immer wieder – wenngleich mit geringerer Intensität – aufgeflammt sind, bilden davon nur die sichtbarste Ausprägung. Diese Marginalisierung ist das Ergebnis einer extrem hohen Jugendarbeitslosigkeit und eines schlecht funktionierenden Bildungssystems, das nicht den besonderen Bedürfnissen dieser Jugendlichen angepasst ist. Antworten der Politik müssten sich in Zukunft verstärkt auf die Ursachen der Marginalisierung von Migranten konzentrieren. Maßnahmen wie im Juni 2008 verabschiedete Aktionsplan »Espoir Banlieue« (Hoffnung Vorstadt), der die Chancengleichheit der Bevölkerung in den sogenannten »sensiblen« Stadtteilen (ZUS – »Zone urbaine sensible«) verbessern will, erzielte bislang kaum Erfolge.⁴¹ Zwar ist die demographische Alterung in Frankreich aufgrund der im europäischen Durchschnitt relativ hohen Geburtenrate und des einwanderungsbedingten Bevölkerungszuwachses weniger stark ausgeprägt. Dennoch wird auch für Frankreich langfristig Einwanderung notwendig sein, um den Bestand der Sozialsysteme zu sichern. Das Thema Einwanderung wird in den kommenden Jahren daher weiter an Gewicht gewinnen.

Anmerkungen

- 1 Allein im Ersten Weltkrieg wurden 1,4 Millionen Franzosen getötet bzw. arbeitsunfähig.
- 2 Mit Italien hatte Frankreich bereits vor dem Zustandekommen des Anwerbeabkommens vertragliche Regelungen zur Organisation von Arbeitskräftezuwanderung unterhalten. Das Land stellte traditionell die wichtigste Quelle für ausländische Arbeitskräfte dar.
- 3 Für detaillierte Informationen zu bilateralen Wanderungsverträgen in Europa zwischen 1919 und 1974 siehe Rass (2010).
- 4 Insgesamt handelte es sich um etwa zwei Millionen Personen. Zuwanderer aus Algerien, die europäischer Herkunft waren, wurden meist als *pieds-noirs* (»Schwarzfüße«) bezeichnet. Daneben traten die etwa 100.000 so genannte Harkis, d.h. muslimische Algerier, die während des Algerienkriegs auf Seiten der französischen Armee gekämpft hatten. Während die Mehrzahl der Harkis nach dem Rückzug der Franzosen ermordet wurde, gelang es einem kleinen Teil, nach Frankreich zu emigrieren. Ihre Rechtslage war lange umstritten.
- 5 Die Partei *Rassemblement pour la République* existierte von 1976 bis 2002 und ging anschließend in der *Union pour un Mouvement Populaire* (UMP) auf.
- 6 Auf Deutsch: »ohne Papiere«, wie irreguläre Migranten in Frankreich auch genannt werden.
- 7 *Secrétariat général du Comité interministériel de contrôle de l'immigration* (2011).
- 8 *Pla/Beaumeil* (2012) und *Pla/Beaumeil* (2011).
- 9 *Libération* 21.1.2004.
- 10 Siehe *Euractiv* 29.5.2008.
- 11 *Secrétariat général du Comité interministériel de contrôle de l'immigration* (2011).
- 12 INSEE, Zensus 2008. In Frankreich besteht keine Pflicht den Wohnsitz zu melden. Umfassende Informationen über die Bevölkerung werden nur alle acht bis neun Jahre in allgemeinen Volkszählungen erhoben (»recensements de la population«) auf deren Basis sich dann auch Aussagen über die Zuwandererbevolkerung treffen lassen. Der letzte Zensus hat 2008 stattgefunden. Sensible Daten zu z.B. Religionszugehörigkeit oder ethnischer Abstammung dürfen dabei nicht erfasst werden, was Aussagen zu Einwanderungs- und Integrationsprozessen erschwert.
- 13 Vor allem aus den Maghreb-Staaten (Tunesien, Marokko, Algerien).
- 14 INSEE, Zensus 2008.
- 15 INSEE, Zensus 2008.
- 16 *Secrétariat général à l'immigration et à l'intégration/Ministère de l'intérieur, de l'outre-mer, des collectivités territoriales et de l'immigration* (Hrsg./2011).
- 17 *Département des statistiques, des études et de la documentation* (2010).
- 18 *Secrétariat général à l'immigration et à l'intégration/Ministère de l'intérieur, de l'outre-mer, des collectivités territoriales et de l'immigration* (Hrsg./2011).
- 19 <http://www.cr-guyane.fr/la-guyane/geographie/la-population-guyanaise> (Zugriff: 20.3.2012)
- 20 Der Anteil legaler Migranten an der Gesamtbevölkerung von Mayotte und Saint-Martin liegt bei rund 40%, der von Französisch-Guayana bei 30%.
- 21 Siehe Newsletter »Migration und Bevölkerung« 5/06, 6/06, 7/06.
- 22 Siehe Newsletter »Migration und Bevölkerung« 1/12.
- 23 *Secrétariat général du Comité interministériel de contrôle de l'immigration* (2011).
- 24 <http://www.france-terre-asile.org/demande-dasile/statut-de-refugie> (Zugriff: 20.3.2012)
- 25 *Département des statistiques, des études et de la documentation* (2011)
- 26 *Secrétariat général du Comité interministériel de contrôle de l'immigration* (2011).
- 27 Jean-Pierre Raffarin wurde 2005 durch Dominique de Villepin (UMP) als Premierminister abgelöst. Premierminister unter Nicolas Sarkozy, seit 2007 Nachfolger von Jacques Chirac im Präsidenschaftsamt, wurde François Fillon (UMP).
- 28 Siehe Newsletter »Migration und Bevölkerung« 4/06.

- ²⁹ Secrétariat général du Comité interministériel de contrôle de l'immigration (2011).
- ³⁰ In diesem Modell erfolgt die Integration von Einwanderern als Teil einer gesamtgesellschaftlichen Integrationsstrategie, die dem Leitbild kultureller Homogenität verpflichtet ist. Grundlage ist ein politisches Nationenkonzept, welches alle Staatsbürger vor dem Gesetz gleich stellt, unabhängig von den verschiedenen ethnischen Identitäten.
- ³¹ Siehe Newsletter ›Migration und Bevölkerung‹ 10/05.
- ³² Der ›contrat première embauche‹ (CPE, ›Vertrag zur Ersteinstellung‹) wäre auf Arbeitnehmer unter 26 Jahren in Unternehmen mit mehr als 20 Mitarbeitern anwendbar gewesen. Während der ersten zwei Jahre des Arbeitsverhältnisses hätte der Angestellte ohne Begründung und ohne Vorwarnung entlassen werden dürfen.
- ³³ Siehe Newsletter ›Migration und Bevölkerung‹ 7/10 sowie das Länderprofil Frankreich im neuen Fischer Weltalmanach 2012.
- ³⁴ Siehe Newsletter ›Migration und Bevölkerung‹ 4/03.
- ³⁵ Siehe Newsletter ›Migration und Bevölkerung‹ 1/04.
- ³⁶ Siehe Newsletter ›Migration und Bevölkerung‹ 5–7/04.
- ³⁷ Siehe Newsletter ›Migration und Bevölkerung‹ 08/11 und 6/09.
- ³⁸ Spiegel Online: Wahlkampf in Frankreich. Sarkozy verbietet Straßengebete, 16.9.2011.
- ³⁹ Für mehr Informationen siehe Newsletter ›Migration und Bevölkerung‹ 09/09.
- ⁴⁰ Siehe Newsletter ›Migration und Bevölkerung‹ 10/11.
- ⁴¹ Hillebrand/Kreuder-Sonnen (2009).

Der Autor:

Marcus Engler ist Sozialwissenschaftler und Doktorand an der Berlin Graduate School for Social Sciences und am Centre Marc Bloch Berlin. Zuvor studierte er Sozial- und Wirtschaftswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin und am Institut d'Etudes Politiques in Paris. Er ist Vorstandsmitglied des Netzwerks Migration in Europa und Redaktionsleiter des Newsletters ›Migration und Bevölkerung‹.

E-Mail: engler@network-migration.org

Die Aktualisierung des Länderprofils Frankreich erfolgte im Frühjahr 2012 durch die Redaktion.

Literatur

- Angenendt, S./Pfaffenrot, P. (1999): France. In: S. Angenendt (Hrsg.): Asylum and Migration Policies in the European Union. Bonn, S. 143–165.
- Boëldieu, J./Borrel, C. (2000): La proportion d'immigrés est stable depuis 25 ans. INSEE Première, Nr. 748 (November).
- Currie, E. (2004): Frankreich. In: Dies.: Migration in Europa. Daten und Hintergründe. Stuttgart, S. 81–122.
- Daguet, F./Thave, S. (1996): La population immigrée. Le résultat d'une longue histoire. INSEE Première, Nr. 458 (Juni).
- Département des statistiques, des études et de la documentation (2011): Les acquisitions de la nationalité française en 2010. Infos migrations, Nr. 25 (September).
- Département des statistiques, des études et de la documentation (2010): Tableau de bord de l'intégration. (online abrufbar: http://www.immigration.gouv.fr/IMG/pdf/indicateurs_integration_122010.pdf; Zugriff: 7.3.2012)
- Döring, M./Dietmar, O. (2002): Black, Blanc, Beur: Metaphorische Identität, identische Metaphern? Formen und Funktionen der Metaphorik in der französischen Tagespresse zum Mondial 1998. (online abrufbar: <http://www-metaphorik.de/03/doeringosthus.pdf>; Zugriff: 22.3.2012)
- Haut conseil à l'intégration (2006): Le bilan de la politique d'intégration 2002–2005. Paris.
- Heckmann, F./Tomei, V. (1997): Einwanderungsgesellschaft Deutschland – Zukunftsszenarien: Chancen und Konfliktpotentiale. Gutachten für die Enquetekommission Demographischer Wandel des Deutschen Bundestages. Bamberg.
- Hillebrand, E./Kreuder-Sonnen, C. (2009): ›Espoir Banlieue‹ – Ein Marshall-Plan für die französischen Vorstädte? Frankreich-Analyse des Referats Westliche Industrieländer der Friedrich-Ebert-Stiftung. Paris.
- INSEE (2005): Les immigrés de France, édition 2005. Fiche thématique. (online abrufbar: <http://insee.fr/fr/ppp/sommaire/IMMFRA05.PDF>; Zugriff: 22.3.2012)
- INSEE (2012): Etrangers – Immigrés. (online abrufbar: http://www.insee.fr/fr/themes/document.asp?reg_id=0&ref_id=T12F037, Zugriff: 27.03.12)
- Moch, L.P. (2010): Frankreich. In: K. J. Bade/P. C. Emmer/L. Lucassen/J. Oltmer (Hrsg.): Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Paderborn, S. 122–140.
- Murphy, K. (2006): France's New Law: Control Immigration Flows, Court the Highly Skilled. Migration Information Source, Migration Policy Institute. Washington.
- Pla, A./Beaumel, C. (2012): Bilan démographique 2011. La fécondité reste élevée. INSEE Première, Nr. 1385 (Januar).
- Pla, A./Beaumel, C. (2011): Bilan démographique 2010. La population française atteint 65 millions d'habitants. INSEE Première, Nr. 1332 (Januar).
- Rass, C. (2010): Institutionalisierungsprozesse auf einem internationalen Arbeitsmarkt: Bilaterale Wanderungsverträge in Europa zwischen 1919 und 1974. Paderborn.
- Secrétariat général à l'immigration et à l'intégration/Ministère de l'intérieur, de l'outre-mer, des collectivités territoriales et de l'immigration (Hrsg.): Rapport du SOPEMI pour la France : Immigration et présence étrangère en France en 2010. November 2011.
- Secrétariat général du comité interministériel de contrôle de l'immigration (2011): Rapport du Parlement: Les Orientations de la politique de l'immigration et de l'intégration. Dezember.
- UNHCR (2006): Asylum Levels and Trends in Industrialized Countries 2005. Genf.
- Weil, P. (1995): La France et ses étrangers. Paris.

Internetquellen

- Cité nationale de l'histoire de l'immigration, CNHI (Nationales Museum für die Geschichte der Einwanderung)
<http://www.histoire-immigration.fr/>
- Französische Botschaft in Deutschland
http://www.botschaft-frankreich.de/article.php3?id_article=1654
- Französisches Justizministerium
<http://www.justice.gouv.fr/>
- Französisches Ministerium für Arbeit, sozialen Zusammenhalt und Wohnen
http://www.social.gouv.fr/rubrique.php3?id_rubrique=45
- Haute autorité de lutte contre les discriminations et pour l'égalité, HALDE (Hohes Amt zum Kampf gegen Diskriminierung und für Gleichheit)
<http://www.halde.fr/>
- Haut Conseil à l'intégration (Hoher Rat für Integration)
<http://www.hci.gouv.fr>
- Institut national d'études démographiques, INED (Nationales Institut für demographische Studien)
<http://www.ined.fr/>
- Institut national de la statistique et des études économiques, INSEE (Nationales Institut für Statistik und ökonomische Studien)
<http://www.insee.fr>
- Newsletter ›Migration und Bevölkerung‹
<http://www.migration-info.de/>
- Office français de protection des réfugiés et apatrides, OPFRA (Französisches Amt zur Anerkennung von Flüchtlingen)
<http://www.ofpra.gouv.fr/>
- Office français de l'immigration et de l'intégration (Französisches Amt für Einwanderung und Integration)
<http://www.ofii.fr/>

Weitere Informationen

- C.i.m.a.d.e
<http://www.cimade.org/>
- Forum Réfugiés
<http://www.forumrefugies.org/>
- Groupe d'information et de soutien des immigrés, GISTI (Information und Unterstützung von Einwanderern)
<http://www.gisti.org/>
- Réseau Éducation Sans Frontières (Netzwerk Bildung ohne Grenzen)
<http://www.educationsansfrontieres.org/>

IMPRESSUM

Herausgeber: Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück, Neuer Graben 19/21, 49069 Osnabrück, Tel.: +49 (0)541 969 4384, Fax: +49 (0)541 969 4380, E-Mail: imis@uni-osnabrueck.de

Kooperationspartner: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und Netzwerk Migration in Europa e.V.
Redaktion: Vera Hanewinkel, Apl. Prof. Dr. Jochen Oltmer (verantw.)

Die Herausgabe der Länderprofile (ISSN 1864-6220) und Kurzdossiers (ISSN 1864-5704) wird von der Bundeszentrale für politische Bildung gefördert.

Die Länderprofile und Kurzdossiers geben nicht unbedingt die Ansicht der Kooperationspartner wieder. Der Abdruck von Auszügen und Grafiken ist bei Nennung der Quelle erlaubt.

Weitere Online-Ressourcen: www.bpb.de, www.imis.uni-osnabrueck.de, www.migration-info.de, www.network-migration.org
Unsere Länderprofile und Kurzdossiers sind online verfügbar unter: www.focus-migration.de